

Ein zusätzliches Jahr

Kein Deutsch, keine Grundschule? Zu: „Es geht um Förderung“, FR-Politik v. 7. 8.

Herr Linnemann von der CDU spricht zu Recht das Problem an, dass es viel zu viele Kinder in Deutschland gibt, die mit Schuleintritt nicht über ausreichende Sprachfähigkeiten verfügen, um in der ersten Klasse erfolgreich lernen zu können. Diesen Kindern muss geholfen werden, aber nicht durch Ausschluss von der Einschulung, wie Linnemann vorschlägt, sondern durch Förderung bereits möglichst früh und vor Beginn der Schulpflicht. Diese Möglichkeit gibt es seit Jahren in Hessen. Eltern werden hier eineinhalb Jahre vor der Schulanmeldung ihrer Kinder bei der zuständigen Grundschule zum Beratungsgespräch mit der Schulleitung eingeladen, um den Sprachstand ihres Kindes festzustellen. Bei nicht ausreichenden Deutschkenntnissen wird der Besuch von Vorlaufkursen empfohlen. Der Haken dabei ist, dass der Besuch nicht immer verpflichtend ist und je nach Personal nicht immer die ausreichende Kompetenz zur Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache vorhanden ist. Da müsste seitens des Staates viel konsequenter und verbindlich gehandelt werden.

Viel nachhaltiger fände ich es allerdings, an das Modell der Eingangsstufe anzuknüpfen, das bereits in der Zeit der Migrationsbewegung nach Deutschland in den 1970er Jahren erprobt wurde. Nach diesem Konzept werden Kinder vor Beginn der Schulpflicht mit fünf Jahren ein-

geschult. Der Lernstoff des ersten Schuljahres wird auf zwei Schuljahre verteilt. Es müsste den veränderten heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

In der abschließenden Beurteilung des Modellversuchs in Frankfurt bescheinigten Pädagogische Fachleute diesem Modell eine in die Zukunft weisende Bedeutung und verbanden es bereits zu diesem Zeitpunkt mit der Forderung nach Jahrgangsbreite und einer Ganztagsbetreuung. Die flächendeckende Einführung war damals, so hieß es, nicht finanzierbar. Und heute? Immerhin wird dieses Modell heute an 50 Schulen in Hessen praktiziert. Es verlängert sich die Grundschulzeit dabei auf fünf Jahre.

Auch die Förderung der gegebenen Mehrsprachigkeit gehört zur Aufgabe der Schule. Einsprachige deutsche Kinder werden durch mehrsprachig aufwachsende Kinder für kulturelle Vielfalt geöffnet und sensibilisiert. Die Vorbereitung auf den Umgang mit Vielfalt kann nicht früh genug beginnen. Das ist kein Widerspruch zur Notwendigkeit, Deutsch zu lernen. Gleichzeitig wird erfahren, dass alle gleich wichtig sind, wertgeschätzt werden und in unserer künftigen Gesellschaft gebraucht werden. Nur so kann Integration und der von Politikern oft beschworene Zusammenhalt der Gesellschaft gelingen. Roswitha Seubert, Bad Vilbel

Diskussion: frblog.de/linnemann

Amtliche Narretei

Post: Erwiderung auf „Beschwerden helfen nicht“, Leserforum vom 13.8.

In der Ausgabe vom 6.8. und vom 13.8. haben Leser der FR über die skandalösen Verhältnisse im Brief- und Paketzustelldienst berichtet. Die Aufzählung der gravierenden Mängel waren nur beispielhaft. Folgender Vorfall ist kaum zu glauben aber amtlich. Der Zusteller wirft die Postsendung in den falschen Briefkasten. Also an den falschen Empfänger. Da dem Empfänger der richtige Adressat nicht bekannt war, bitet er den verantwortlichen Zusteller, die Sendung zurückzunehmen. Der weigert sich mit der Begründung, dass er das nicht dürfe. Zusteller dürften auch falsch zugestellte Sendungen nicht mehr zurücknehmen. Ich hielt das für eine faule Ausrede und kritisierte dieses Verhalten bei der zentralen Beschwerdestelle der Post. Und die bestätigte die Antwort des Zustellers. Das nenne ich eine amtliche Narretei. Und was macht der falsche Empfänger, entweder er lässt die Sendung liegen bis er gelegentlich zu einem Postamt oder zu einem Briefkasten kommt. Beide sind weit von der Wohnung entfernt. Oder er wirft die Sendung einfach in den Briefkasten des Nachbarn, dann ist für ihn der Fall erledigt. Und der richtige Empfänger wartet auf ein wichtiges ärztliches Rezept. Auch das ist der Post offenbar scheißegal.

Eberhard Bacher, Frankfurt

Deutschland duckt sich weg

Gastbeitrag: „Kein Militäreinsatz ohne Exit-Option“, FR-Meinung vom 13. August

Deutschland ist ein seltsames Land geworden. Wann immer es darum geht, die eigenen Interessen auch mit militärischen Mitteln zu vertreten, setzt sofort Schnappatmung ein. Die USA haben Deutschland förmlich gefragt, bei der Sicherung der Straße von Hormus mitzuhelfen und die iranische Aggression zu bekämpfen. Die Schifffahrtsroute ist eine Schlagader der Weltwirtschaft. Deshalb ist die freie Durchfahrt für die größte Exportnation der Welt, Deutschland, von besonderer Bedeutung und die grundlegende Voraussetzung für unseren Wohlstand. Die Flotte in Marsch zu setzen, um Übergriffe auf Handelsschiffe zu verhindern, müsste daher eine Option sein. So hat die deutsche Marine sich auch am Horn von Afrika beteiligt, als Piraten den Handel störten.

Jetzt ist die Lage zwar komplizierter, weil die USA und Europa unterschiedliche Interessen verfolgen. Einfach nur Nein zu sagen, ohne wieder einmal über die Folgen nachgedacht zu haben, ist äußerst unklug. Deutschland duckt sich wieder einmal feige weg. Die iranischen Ajatollahs wird man mit dieser Haltung nicht beeindrucken. Außenminister Heiko Maas hat aus seiner antiamerikanischen Haltung keinen Hehl gemacht. Doch es ist davon auszugehen, dass er seine Entscheidung nicht getroffen hat, ohne sich vorher der politischen Rückendeckung

seiner Chefin, Bundeskanzlerin Merkel, zu vergewissern.

Der Streit um den Schutz von Handelsschiffen in der Straße von Hormus gegen Angriffe des Iran zeigt, wie weit Deutschland und dessen militärische Schutzmacht USA politisch inzwischen auseinanderliegen. Die Bundesregierung hat, seit Merkel regiert, nicht nur in der Außenpolitik keine klare Haltung mehr. Aus Angst vor Machtverlust und innenpolitischen Konsequenzen riskiert sie nicht nur die Freundschaft mit nahen Verbündeten, sondern droht sogar zu deren Intimfeind zu werden. Deutschland isoliert sich politisch weltweit zusehends. Ob Merkel das aktuelle amerikanische Gesuch auch abgelehnt hätte, wenn ihr Freund George W. Bush noch auf dem Präsidentenstuhl säße? Sowohl Trump als auch Merkel werden in absehbarer Zeit in die Geschichte der Politik eingehen. Wie viel Porzellan wird bis dahin in den transatlantischen Beziehungen zertrümmert sein?

In der Politik ist es wie auf dem Schulhof. Oft wird gerade der Schwächste und der Feigste angegriffen und terrorisiert. Das „Mutti-Söhnchen“ Deutschland, das sich seinen „Mitschülern“ in vielen Bereichen moralisch hoch überlegen fühlt, steht in den Pausen zunehmend vereinsamt in einer Ecke des Schulhofes.

Alfred Kastner, Weiden

Diskussion: frblog.de/hormus